

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

11.11.2021

DOPPELHAUSHALT

2022/2023

Antrag zum Thema

Rücknahme des Beschlusses über die Änderung der Satzung für die Entschädigung von gemeinde- und ortschaftsrätlichen Tätigkeiten

► Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan		Teilhaushalt			
► 34		► 1000			
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
► 11 1110-100					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
►					
► Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2022	2023	2024	2025	2026
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☒ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
sonstige Erträge	109.000	109.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
► davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☐ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					

Rücknahme des Beschlusses über die Änderung der Satzung für die Entschädigung von gemeinde- und ortschaftsrätlichen Tätigkeiten

► Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
► bitte Zuschussempfänger eintragen
► Sachverhalt Begründung

Der Gemeinderat möge beschließen,

dass der Beschluss über die Änderung der Satzung über die Entschädigung für gemeinde- und ortschaftsrätliche Tätigkeiten in der Stadt Karlsruhe zurückgezogen wird.

Die entsprechenden Einsparungen sind im Haushalt zu berücksichtigen.

Begründung:

Die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen, die durch die Satzungsänderung erfolgt, ist besonders zu dieser finanziell schwierigen Zeit des Haushaltes ein falsches Zeichen. Während in den essenziellen Bereichen eine Sparpolitik gefordert wird, erscheint es absurd, die Aufwandsentschädigungen von Gemeinde- und Ortschaftsrät*innen zu erhöhen. Schließlich sind diese Mittel zur Aufwandsentschädigung gedacht, weswegen sie keine Notwendigkeit darstellen. Zwar ist es richtig und wichtig die Arbeit von Gemeinde- und Ortschaftsrät*innen wertzuschätzen, dies sollte allerdings nicht geschehen, wenn Notwendiges dafür zurücktreten muss. Die Haushaltslage offenbart, dass derzeit Erhöhungen eine enorme Belastung für die Finanzen des Haushaltes bedeuten. Daher sollte die Politik der Stadt Karlsruhe auf die Erhöhung verzichten.

Schließlich wird durch die Rücknahme des Beschlusses eine Einsparung von jährlich 109.000 € erzielt, welche im Bereich Klima und Sozialem besser investiert werden können.

Unterzeichnet von:

Lukas Bimmerle
Karin Binder
Mathilde Göttel